

Campus Rütli – Exzellenzinitiative für Neukölln

Kindergärten, Schulen, Berufsförderung: Bildung als Ausweg aus der Misere

Die Rütli-Schule soll zum zweiten Mal berühmt werden: Nachdem sie 2006 als "Deutschlands schlimmste Schule" zu zweifelhaftem Ruhm gelangt war, bildet sie jetzt den Mittelpunkt eines Projekts, das den Problemkiez im Neuköllner Norden umkrepeln soll.

[Vorzeigeprojekt](#). An der Rütli-Schule soll der neue Campus entstehen. - Foto: Thilo Rückeis
[Von Stefan Jacobs](#)

„Campus Rütli“ heißt der Plan, der mit der Schaffung einer Gemeinschaftsschule mit Ganztagsbetrieb von 6 bis 21 Uhr erst richtig beginnt.

Das von Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) angestoßene und von Volksbildungsstadtrat Wolfgang Schimmang (SPD) mit den Schulleitern präzierte Konzept sieht rund um die Rütlistraße einen 41 000 Quadratmeter großen Campus vor, auf dem Kinder praktisch von der Geburt bis zur Berufssuche betreut werden – und ihre Eltern gleich mit. Das Bezirksamt will die schon jetzt verkehrsberuhigte Straße, an der sich neben einer Kleingartenanlage nur bezirkseigene Objekte befinden, als solche entwidmen und die Grundstücksgrenzen auflösen. Auf dem geeinten Anwesen befänden sich dann einerseits die Rütli-Hauptschule und die Heinrich-Heine-Realschule sowie zwei Kindergärten, Spielplätze und der Jugendclub „Manege“ samt Musikschule und Berufsförderung. Zum anderen sollen hier die benachbarte Gewerbefläche als Ort zur Berufsvorbereitung, der Sozialpädagogische Dienst des Jugendamtes für familiäre Probleme, der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst für die Betreuung von Kleinkindern und jungen Müttern sowie die Volkshochschule untergebracht werden. Über Letztere sollen vor allem die Eltern der Rütli-Schüler von morgen erreicht werden. Perspektivisch könnte sogar die Franz-Schubert-Grundschule, dritte im Gemeinschaftsschulbunde, auf das Gelände ziehen.

Koordiniert wird das Vorhaben von einer halbjährlich tagenden Steuerungsrunde, zu der neben Buschkowsky gleich mehrere Senatoren, Bezirksstadträte, Stiftungsvorsitzende sowie Rektoren, Qualitätsmanager und Träger gehören. Als Schirmherrin ist Bundespräsidentenwitwe Christina Rau „sehr aktiv“, wie Projektleiter Klaus Lehnert berichtet. Für Lehnert, der vor seinem Ruhestand jahrzehntelang als Schuldirektor im Bezirk tätig war, ist das unter dem Kürzel „CR2“ geschnürte Paket nicht nur gut durchdacht, sondern wegen seiner Vollständigkeit der große Wurf schlechthin: In Bildung sieht er den einzigen Weg, den Brennpunktkiez auf Dauer voranzubringen; von einem „Wertegerüst“ ist im Konzept die Rede.

Das Fundament ist nach Ansicht von Lehnert dank dem Quartiersmanagement bereits gelegt. Jetzt würden die Ideen verfeinert und das Konzept inhaltlich-pädagogisch ausgearbeitet. Lehnert schwärmt, „wie gut die Zusammenarbeit schon in der Planungsphase funktioniert“: Gemeinsame Lehrerkonferenzen der einst regelrecht verfeindeten Nachbarschulen seien neuerdings ebenso üblich wie das Engagement der älteren Schüler, die den künftigen Campus mitplanen. Von dem würden sie zwar als Schüler nicht mehr profitieren – aber möglicherweise als Eltern oder Familienangehörige. Lehnert mag deshalb auch nicht über die viel zitierte „Bildungsferne“ speziell von Migrantenfamilien philosophieren, sondern gibt als Motto einen „Schneeball- und Mitnahmeeffekt“ aus, weil das Konzept weit über die Schule hinausreicht. Auch die Frage nach der Finanzierung will Lehnert – noch – nicht stellen, solange das Konzept in Arbeit ist.

Im Bezirksamt ist das Vorhaben ohnehin Chefsache. Bildungsstadtrat Schimmang bezeichnet es als „so groß, dass wir dringend auch der Hilfe von Landesbehörden bedürfen“. Die erste Finanzspritze ist dank dem rot-roten Modellprojekt Gemeinschaftsschule bereits in Sicht. Für das Vorhaben

insgesamt habe ihm Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) persönlich seine Unterstützung zugesagt, weil der „die Idee auch zündend fand“. Ähnliches habe Rathauschef Buschkowsky von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) gehört. Schimmang spricht von „einem ganz klaren Signal von beiden Senatsverwaltungen – im Bewusstsein, dass dieses Projekt auch Geld kostet“.

Für Schimmang ist klar, dass das Projekt „möglichst in dieser Legislaturperiode“ etabliert werden soll. Im Konzept ist als Starttermin für die wesentlichen Punkte bereits das Schuljahr 2009/2010 genannt. Die Gemeinschaftsschule soll im kommenden Jahr eingerichtet werden.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 04.11.2007)